

Abgeordnetenhaus BERLIN

18. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll zu TOP 5, Allgemeine Aussprache und TOP 31 A

Hauptausschuss

75. Sitzung
27. Mai 2020

Beginn: 12.05 Uhr
Schluss: 20.23 Uhr
Vorsitz: Franziska Becker (SPD)

Vorsitzende Franziska Becker: Ich rufe auf:

Punkt 5 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/2609

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des
Haushaltsgesetzes 2020/2021
(Nachtragshaushaltsgesetz 2020 – NHG 20)**

2810
Haupt

Fortsetzung der zweiten Lesung

hierzu:

- a) Berichtsbitten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.04.2020 zum
1. Nachtrag zum Haushaltsplan von Berlin für das Haushaltsjahr 2020
[2810 A](#)
Haupt

 - b) Berichtsbitten der AfD-Fraktion vom 24.04.2020 zum
1. Nachtrag zum Haushaltsplan von Berlin für das Haushaltsjahr 2020
[2810 B](#)
Haupt

- c) Änderungsanträge der AfD-Fraktion zum
**Nachtragshaushaltsgesetz 2020 – NHG 20,
Einzelplan 09, Einzelplan 13, Einzelplan 29 und
Auflagen**
(a) bis c) in der 74. Sitzung am 06.05.2020 vertagt) 2810 M
Haupt
- d) Weitere Berichtsbitten der AfD-Fraktion vom
11.05.2020 zum
**1. Nachtrag zum Haushaltsplan von Berlin für das
Haushaltsjahr 2020** 2810 S
Haupt
- e) Bericht SenFin – II B – vom 18.05.2020
**Kamerale Monitoring Covid-19
Stand: 01.05.2020** 2807 A
Haupt
- f1) Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Die Linke
und Bündnis 90/Die Grünen zur
Vorlage – zur Beschlussfassung -
Drucksache 18/2609
**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des
Haushaltsgesetzes 2020/2021
(Nachtragshaushaltsgesetz 2020 – NHG 20)**
hier: Einzelplan 29 lfd. Nrn. 1 – 6
(als Tischvorlage verteilt) 2810 AL
Haupt
- f2) Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Die Linke
und Bündnis 90/Die Grünen zur
Vorlage – zur Beschlussfassung -
Drucksache 18/2609
**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des
Haushaltsgesetzes 2020/2021
(Nachtragshaushaltsgesetz 2020 – NHG 20)**
hier: Neufassung der lfd. Nr. 3 der roten Nummer 2810
AL
(als Tischvorlage verteilt) 2810 AL-1
Haupt
- g) Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Die Linke
und Bündnis 90/Die Grünen zur
Vorlage – zur Beschlussfassung -
Drucksache 18/2609
**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des
Haushaltsgesetzes 2020/2021
(Nachtragshaushaltsgesetz 2020 – NHG 20)**
hier: Artikel 1
(als Tischvorlage verteilt) 2810 AK
Haupt

- h) Änderungsanträge der Fraktion der FDP zur
Vorlage – zur Beschlussfassung -
Drucksache 18/2609
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des
Haushaltsgesetzes 2020/2021
(Nachtragshaushaltsgesetz 2020 – NHG 20)
hier: Artikel I § 5 sowie Kapitel 1330 und 2990
(als Tischvorlage verteilt)
- i) Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen zur
Vorlage – zur Beschlussfassung -
Drucksache 18/2609
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des
Haushaltsgesetzes 2020/2021
(Nachtragshaushaltsgesetz 2020 – NHG 20)
hier: Kapitel 2910 / Titel 97203
(als Tischvorlage verteilt)
- j) Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen zur
Vorlage – zur Beschlussfassung -
Drucksache 18/2609
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des
Haushaltsgesetzes 2020/2021
(Nachtragshaushaltsgesetz 2020 – NHG 20)
hier: Artikel 1
(als Tischvorlage verteilt)

Die vom Ausschuss angeforderten Berichte wurden den Einzelplänen zugeordnet. Die vorliegenden Änderungsanträge der AfD-Fraktion wurden den jeweiligen Einzelplänen zugeordnet, ebenso die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen und der FDP-Fraktion. Es wurde um die Anwesenheit der jeweils zuständigen Senatoren bzw. Senatorinnen gebeten.

Herr Goiny, Sie haben das Wort.

Christian Goiny (CDU): Zum Thema Schuldenbremse haben wir uns eben schon verständigt. Wir haben es auch schon mehrfach hier im Hause, auch im Plenum, darüber ausgetauscht, welche besondere Situation wir momentan erleben und was das für die Haushalts- und Finanzpolitik bedeutet. Ich will es auch noch einmal sagen: Wir haben den Senat darin unterstützt und sind auch grundsätzlich bereit, das weiter zu tun, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um hier auch als Regierung in unserem Bundesland zügig und effektiv mit den aufgetretenen Problemen umzugehen. Insofern fanden und finden wir das, was der Senat uns hier als Finanzierung im 1. Nachtragshaushalt vorgelegt hat, in der Sache richtig und vernünftig. Insbesondere war allen klar, dass wir relativ schnell im Bereich der Schutzausrüstungen, Desinfektionsmittel und Ähnlichem, was wir für das Gesundheitswesen benötigen, Vorsorge treffen und zügig beschaffen müssen. Das haben wir in der Vergangenheit öffentlich erklärt und mitgetragen. Dazu stehen wir auch heute noch.

Wir fanden es – um das auch noch einmal zu sagen – übrigens auch richtig, dass wir uns im März kurzfristig entschieden haben, in der Messehalle 26 ein Sonderkrankenhaus zu bauen, um für den Fall der Fälle in der Lage zu sein, zusätzliche Patienten zu behandeln. Wir sagen auch, dass es schöner wäre, wenn wir es überhaupt nicht brauchten. So sieht es momentan zum Glück ja aus. An dieser Stelle von uns auch noch einmal politische Rückendeckung. Wir gehen aber auch davon aus, dass keine weitere Messehalle als Krankenhaus ausgestattet und umgebaut wird, und die noch nicht verausgabten Mittel bzw. die schon beschafften Ressourcen genutzt werden, um vorhandene Krankenhauskapazitäten und -standorte zu ertüchtigen und auszustatten, um für eventuelle zusätzliche Fälle gerüstet zu sein, weil – da muss man verschiedene Enden der politischen Debatte zusammenführen – wir perspektivisch in den nächsten Monaten ein Interesse daran haben, soweit es die Situation zulässt, dass irgendwie wieder ein Messegeschäft stattfindet. Es macht keinen Sinn, mit die größten Messehallen, die wir haben – für welchen Zeitraum auch immer – als Reservekrankenhaus vorzuhalten. Wie gesagt, die Anfangsentscheidung im März war richtig, und wir werden das sicherlich in der Halle 26 eine Weile vorhalten, aber wir brauchen jetzt nicht auch noch die Halle 25 dafür.

Wir finden es auch richtig, dass man mit verschiedenen Maßnahmepaketen im Bereich der Wirtschaftshilfe schnell und unbürokratisch reagiert hat. Ob im Prozedere immer alles richtig gelaufen ist, das ist für mich aus haushaltspolitischen Gründen ein bisschen ein Feinschmeckerthema. Wir haben in der Vergangenheit an der einen oder anderen Stelle Kritik geübt, was das Prozedere, was die Überprüfung und was die Zielgruppen und Passgenauigkeit von Programmen anbetrifft. Da kann man sicher im Detail einiges kritisieren. Im Grundsatz war es aber richtig, dass wir hier geholfen haben. Die Diskussion, die wir gerade in den letzten Wochen geführt haben und bis heute führen, zeigt, dass wir nach wie vor insbesondere im Bereich der wirtschaftlichen Hilfen einen größeren Handlungsbedarf haben und unsere Programme immer noch nicht an jeder Stelle passgenau sind, nicht ausreichen und vor allem offensichtlich auch nicht in der zeitlichen Länge die Krisenzeit, die wir noch vor uns haben, hinreichend abdecken. Insofern auch von unserer Seite eine Unterstützung, was die wirtschaftlichen Hilfen anbetrifft, zumal – ich habe es eben schon gesagt – ein Großteil durchgereichte Bundesmittel sind. Wir sehen das so, dass dieser 1. Nachtragshaushaltsentwurf von unserer Seite aus zustimmungsfähig ist.

Was jetzt an Änderungsanträgen von der Koalition gekommen ist, da sehen wir das allerdings ein bisschen differenzierter, weil manches von dem, was da jetzt um die Ecke kommt, nicht zwingend coronabedingte Mehrausgaben betrifft. Ich will gar nicht bestreiten, dass es vielleicht an der einen oder anderen Stelle Projekte sind, über die man sich unterhalten kann. Wenn man das Thema „taz“-Haus nimmt und sagt, darüber müsse man nachdenken, was dort jetzt hineinkommt, dann haben wir dazu gar keine abschließende Meinung. Es hat jetzt nur nicht so richtig mit Corona zu tun. Ob man in diesen Zeiten jetzt für Grundstücks- oder einen Bodenankauffonds zusätzliche VEs hineinschreiben muss, ist eine Frage, zu der man politisch unterschiedlicher Meinung sein kann. Das ist jetzt keine direkte Auswirkung der Coronakrise. Insofern haben wir da unsere Bedenken.

Was die Finanzierung weiterer Hilfsprogramme anbetrifft, die die Koalition offensichtlich mit der Etatisierung der Neuverschuldung plant, finde ich das im Grundsatz nachvollziehbar, weil wir natürlich – ich habe es gerade erwähnt – vor allem im Bereich der Wirtschaftshilfen immer noch die Situation haben, dass von dem, was wir organisiert haben, vieles nicht ausreicht

und vieles auch noch nicht zu Ende gedacht ist. Wir haben es beim letzten Mal diskutiert: Ich glaube, wir müssen uns ein bisschen um die Frage kümmern: Wovon hat Berlin die letzten Jahre wirtschaftlich gelebt? Wer hat dafür gesorgt, dass wir tatsächlich mehr Steuereinnahmen in Berlin erwirtschaftet haben, dass wir hier Haushaltsüberschüsse auch in Berlin erwirtschaftet haben, nicht nur über bundesweite Verteilmechanismen, und mal gucken, wie es diesen Branchen geht. Ich glaube, da müssen wir schon noch ein Stück weit darauf achten, dass es die dann noch gibt, wenn es so weit ist, dass die wieder starten können.

Es ist kein Geheimnis, die Diskussion haben wir beim letzten Mal geführt, dass aus meiner Sicht insbesondere der Kultur- und Kreativbereich dabei eine ganz entscheidende Rolle spielt, weil ein geöffnetes Hotel oder geöffnetes Restaurant per se noch nicht so viele Touristen in die Stadt lockt. Denn wenn die abends um 22 Uhr an der Hotelbar sitzen, wenn die denn offen hat, und sich tagsüber außer den Pandas und Nofretete nichts angucken können, ist die touristische Strahlkraft dieser Stadt aus meiner Sicht in den nächsten Monaten weiterhin begrenzt. Das werden wir dann auch perspektivisch bei den Steuereinnahmen merken. Also haben wir natürlich ein Interesse daran, dass wir gerade im Bereich von Kultur- und Kreativwirtschaft die vorhandenen Institutionen stützen, retten und ihnen ihren Betrieb soweit wie möglich wieder ermöglichen und damit die entsprechenden Hilfsprogramme verlängern und weiter zielgerichtet ausstatten. Wenn das mit den weiteren Hilfsprogrammen der Koalition gemeint sein sollte, dann finden wir das in der Tat sehr nachvollziehbar; neben vielen anderen Branchen, die wir in der Stadt auch haben und die es momentan sehr schwer haben und wo es richtig ist, dass wir weitere wirtschaftliche Hilfen in den nächsten Wochen und Monaten zur Verfügung stellen und nicht erst dann, wenn sich die parlamentarische Diskussion im August und September fortsetzt und wir uns dann wundern, dass es gar keinen mehr gibt.

Dann interessiert uns auch die Frage, das möchte ich gleich mit einer von mehreren Berichtsbitten verbinden, Frau Vorsitzende: Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten weitere Lockerungen und Veränderungen der vorhandenen Reglementierungen erleben. Dazu möchte ich ein qualifiziertes Berichtswesen haben, was uns als Hauptausschuss tangiert, damit wir hinsichtlich der finanziellen Folgen informiert sind. Die Koalition beabsichtigt offensichtlich, das Vorhaben des Senats zurückzunehmen, uns beim Thema Haushaltsüberschreitungen, Nachtragshaushalte künftig nicht mehr befassen zu wollen. Die Kritik teilen wir. Wir brauchen das Konsultationsverfahren in der Dichte und Häufigkeit so nicht mehr. Wir haben eine dichte Folge von Hauptausschusssitzungen, wir haben Haushaltsberatungen. All das, was an Mehrausgaben geleistet werden muss, kann uns auf dem geübten Wege zur Verfügung gestellt werden. Wir können einbezogen werden und brauchen jetzt keine gesonderten Verfahrensweisen mehr. Das würden wir nicht haben wollen.

Wenn ich mit angucke, womit wir in den nächsten Wochen und Monaten vermutlich schwerpunktmäßig inhaltlich, aber auch haushaltsmäßig, beschäftigt sein werden, dann sind das, glaube ich, drei große Themenblöcke. Dazu möchte ich – das reichen wir noch einmal schriftlich nach, Frau Vorsitzende – zur Sitzung am 12. August von den jeweiligen Verwaltungen entsprechende Berichte haben. Zum einen ist es so, dass das, was an Schutzausrüstungen und Ähnlichem von der Gesundheitsverwaltung beschafft worden ist, bisher nur einen Zeitraum von mehreren Monaten abdeckt. Ich kann natürlich nicht genau sagen, bis wann, aber das hängt auch davon ab, wie viel gebraucht wird. Ich denke aber, wir sollten uns jetzt schon, damit wir nicht wieder in solch eine krisenhafte Situation bei der Beschaffung kommen, darüber Gedanken machen, wie wir die entsprechende Beschaffung im Winter und im kommenden Jahr sicherstellen. Es muss Klarheit herrschen: Wer braucht was? Wie viel brauchen wir? Was kostet das Ganze? – Ich bitte darum, dass uns die Gesundheitsverwaltung das mit der Perspektive bis Ende dieses Jahres und der für nächstes Jahr für diesen Doppelhaushalt aufschreibt.

Von der Wirtschaftsverwaltung hätte ich gern eine Bestandsaufnahme für die Berliner Wirtschaft, damit wir uns nach Branchen angucken können, wie die im August dastehen. Was heißt das für die einzelnen Branchen an Umsätzen, Insolvenzen, Verlust von Arbeitsplätzen

und Perspektiven, das Geschäft auch tatsächlich wieder aufzunehmen? Wo hat der Senat welche unterstützenden Maßnahmen weiter getätigt? Wo gibt es Handlungsbedarf – das ist ein entscheidender Punkt, um zu schauen, was wir im Rahmen des 2. Nachtragshaushalts parlamentsseitig fordern oder beantragen müssen?

Der dritte Bereich, der sicherlich auch noch eine größere Rolle spielen wird – gerade mit Beginn des neuen Schuljahrs – ist die Frage, wie wir insbesondere den Schulbetrieb im nächsten Schuljahr organisieren. Was bedeutet das für die Ausstattung von Schulen, für den Einsatz von Personal, für Hygienestandards und andere, möglicherweise organisatorische oder gar kreative Lösungen? Auch hierzu hätten wir gern von der Bildungsverwaltung einen umfassenden Bericht, wie das neue Schuljahr unter Berücksichtigung der Coronasituation organisiert, finanziert und ausgestattet ist. – Das sind aus unserer Sicht die drei großen Themenblöcke, von denen ich jetzt schon sagen kann, dass wir dazu bis zum 12. August gern schriftliche Berichte hätten, jenseits der Tatsache, was dazu im Nachtragshaushalt steht, weil wir darüber weiter diskutieren werden. – Ich glaube, dann haben wir eine vernünftige Grundlage, die Diskussion über den 1. Nachtragshaushalt über die Zielgerade zu bringen und dann unter Berücksichtigung der Steuerschätzung im September zu gucken, wie es in diesem und im nächsten Jahr weitergeht, damit wir dann zu einem geordneten Verfahren kommen, was die haushaltspolitische Begleitung im Rahmen des im letzten Jahr von uns beschlossenen Doppelhaushalt anbetrifft. – Soweit meinerseits, vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Zum Einzelplan 13 kündige ich ergänzende Fragen an. – Ansonsten haben Sie die Möglichkeit, bis Freitag weitere Fragen einzureichen. – Jetzt ist Herr Schneider an der Reihe – bitte!

Torsten Schneider (SPD): Frau Vorsitzende, vielen Dank! – Erst einmal Respekt an die CDU, dass sie es sich nicht so einfach macht und in Aussicht stellt – so habe ich das verstanden – möglicherweise im Wege einer Einzelabstimmung über die kleineren Projekte, die jetzt hinzugetreten sind, eine andere Auffassung als über die Generalfrage – Kreditaufnahme ja oder nein – zu vertreten. Aber das bleibt abzuwarten.

Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Wir haben Zuhause drei kleine Kinder, zwei, acht und elf Jahre alt. Gelegentlich sage ich denen – zwei jedenfalls verstehen das bereits –: Es gibt einen einfachen Weg, der aber nicht immer der richtige Weg ist. – Eine Untergruppe von einfachen Wegen sind die ganz simplen Dinge. Dazu gehören im politischen Geschäft Nebelkerzen, um zum Beispiel den Eindruck zu erwecken, als ginge es den Koalitionsfraktionen nicht um eine strategische Debatte und es gebe keine Bereitschaft, irgendwelche Sparanstrengungen zu unternehmen, wo sie richtig sind, und der Lösungsvorschlag bestehe darin, Investitionsprojekte zu schieben. – Das ist nicht die strategische Debatte, die ich heute führe. Ich halte diesen Lösungsvorschlag auch für nicht tragfähig.

Das Parlament hat bereits einmal eine strategische Entscheidung im Jahr 2014 getroffen – soweit ich mich erinnere, fast auf den Tag genau in zweiter Lesung zu Beginn der Amtsgeschäfte von Senator Dr. Kollatz –, das SIWA zu errichten. Das war eine strategische Entscheidung, mit der wir den Berliner Weg korrigiert haben, der aus einer sehr stringenten Not-situation heraus dazu geführt hat, dass viele Ad-hoc-Entscheidungen getroffen wurden. Frau Kollegin Meister hat das vorhin in ihrem Redebeitrag angedeutet. Ich bleibe bei meiner Generallinie, dass nicht zu bewerten, was damals zur Entscheidung anstand, weil ich nicht selbst

die Debatten verfolgt habe, dem Haus nicht angehört habe. Aber jedenfalls nach vielen Jahren ist die Befundung hervorgetreten, dass wir einen strategischen Fehler machen, indem wir ganz, ganz viel – das war allgemeine Praxis – Tafelsilber weggeworfen und unsere Infrastruktur auf richtigen Verschleiß gefahren haben, nämlich mit Reinvestitionsquoten von 0,5 statt mindestens 1,1 Prozent. Das bedeutet, die Brücken stürzen irgendwann früher ein, die Schulen usw. usf. Das operative Geschäft war das SIWA, das wir gesagt haben: Wir müssen die Investitionsquote erhöhen. Wir müssen diese Verschleißstrategie beenden und dürfen nicht mehr ad hoc alles veräußern. Das sehen wir heute. Veräußerung öffentlicher Gebäude führt jedenfalls mittelbar dazu, dass wir Mietaufwendungen von über 1 Milliarde Euro haben, konsumtiv jedes Jahr, 1 Milliarde Euro, statt unsere eigenen Flächen zu sanieren und zu reaktivieren. Da brauche ich nur zwei zu nennen: ICC und Tempelhofer Flughafengebäude. Das dürfte quadratmetermäßig in den hohen Bereich gehen.

Jetzt steht wieder solch eine strategische Entscheidung an: Halten wir einzelne Projekte an, machen wir da Krümelei oder bereiten wir uns vor? – Ich bin, das will ich ausdrücklich sagen, dem Kollegen Zillich dankbar – muss ihm da etwas klauen –, der mich vorhin auf Sachsen hingewiesen hat: Wir haben seit Wochen, seit mehreren Wochen als Koalition, als Fraktionen und als Koalitionsparteien, für uns diese strategische Debatte geführt: Wie bekommen wir es hin, dass es keine punktuelle Flickschusterei gibt, sondern wie bereiten wir uns darauf vor, dass es Berlin nach der Krise besser geht als vorher? Dass wir hier Arbeitsplätze sichern, dass hier aufgefangen wird, was an Not ist, Wirtschaftsunternehmen nicht in Masseninsolvenzen gehen etc. pp. – Seit heute Morgen, seit heute Mittag weiß ich, dass wir da gar nicht alleine waren. Wir hatten gar keine Zeit und keine Muße, um in dieser Frage zu gucken, was die anderen Bundesländer machen. Am 1. April hat zum Beispiel Brandenburg die Haushaltsnotlage festgestellt, auf Vorschlag der Landesregierung. Wir machen das zwei Monate später, auf Vorschlag der Fraktionen und des Hauses.

Brandenburg hat ein Kreditvolumen, mit der Kreditscheibe aus dem Dezember 2019, in Höhe von 3 Milliarden Euro, bei einem Haushalt von 13 Milliarden Euro. Würde das nach Berlin übertragen, würde es bedeuten, wir müssten 8 Milliarden Euro Kredite aufnehmen. Nordrhein-Westfalen – zur Laufzeit können sich nachher noch andere, vor allem die FDP und die CDU äußern – bildet ein Sondervermögen, coronabedingtes Sondervermögen von 25 Milliarden Euro durch Kreditaufnahmen und andere Maßnahmen, bei einem Haushalt von 80 Milliarden Euro. Würde das nach Berlin übertragen, müssten wir 11 Milliarden Euro Kredite aufnehmen. Und Sachsen – das ist das, worauf mich Kollege Zillich hingewiesen hat – hat ein Sondervermögen von 7 Milliarden Euro gebildet, durch 6 Milliarden Euro Kreditaufnahme und Zuführung von anderen Reserven, bei einem Haushalt von 20 Milliarden Euro. Berlin müsste 12 Milliarden Euro Kredite aufnehmen. Keines dieser Bundesländer hat in ihren Nachtragshaushalten auch nur irgendein Projekt gekürzt oder die Haushalte abgesenkt. In Brandenburg ging er um 300 Millionen Euro hoch. Dazu bekennen die sich auch politisch: Digitalisierung, Verkehrsinfrastruktur usw. ist das, was Sachsen nach vorne stellt. Dafür müssen wir Vorsorge treffen –, sagen diese Bundesländer. Das scheint mir exemplarisch zu sein. Das ist der strategische Ansatz dieser Koalition. Wir reden miteinander, weil das unsere Aufgabe als Politik ist, nicht mehr über die Schließung von Einrichtungen. Wir beteiligen uns auch nicht an dem Wettlauf Öffnung von Einrichtungen. Wir reden hier auch nicht über Sofortmaßnahmen. Wir bereiten uns darauf vor, wie es danach wieder hoch geht, vorausschauend, strategisch.

Die Kreditermächtigung, die wir heute dem Haus vorschlagen und Ihnen als Fraktionen, deckt auch nicht einen Cent konsumtive Mehrausgaben ab, nicht einen Cent. Das werden Sie nicht finden in den Anträgen. Wir sagen, wir nehmen nur 6 Milliarden Euro Kredit auf, statt 12 Milliarden Euro nach den Maßstäben von Sachsen, und 500 Millionen Euro davon führen wir einer Justierung der Soforthilfen zu. Was uns alle sagen: IHK, die CDU, möglicherweise die FDP, alle sagen: Der Mittelstand braucht Unterstützung. Das ist der Grund, warum wir die Kreditermächtigung heute vorschlagen. Denn schon der Wortsinn „sofort“ bedeutet: Das kann man nicht am 1. Oktober anschieben. Dann sind die alle pleite, dann sind die Arbeitsplätze verloren, die Sozialkassen belastet, die Industrie weggebrochen usw. Da reden wir auch über eine Familienunterstützung. All das will ich jetzt nicht vertiefen, das liegt Ihnen ja schriftlich vor und die Kollegen PGFs werden dazu etwas sagen. Das muss eben sofort gehen.

Mit dem 2. Nachtrag des Senats werden wir uns noch gründlich befassen. Da ist ein anderer Weg vorgeschlagen, den wir kritischer einschätzen.

Dann muss man sagen: Wo soll es denn hingehen? Warum schlagen wir vor, nur 6 Milliarden Euro Kreditaufnahme? – Weil wir schon 3,2 Milliarden Euro haben, im SIWA, mit weitestgehend investiver Bindung. Wir sagen: Wir limitieren die Kreditaufnahme, aber wir machen ein dickes Vorhängeschloss vor das SIWA. Das heißt nicht, dass das sakrosankt ist für ewig, aber es ist Teil unserer Coronavorsorge mit über 3 Milliarden Euro. Das anbelangt auch die bezirklichen Rücklagen, knapp 300 Millionen Euro. Auch die erklären wir, und zwar von Gesetzes wegen, für sakrosankt, weil wir sie genauso einordnen. Dann werden Sie erleben, dass wir durch diese Maßnahmen und durch den klaren Eingriff in den Haushaltsvollzug in die erforderliche Größenordnung kommen, nämlich auch an die 10 Milliarden Euro, wenn wir vorsichtig und diszipliniert bleiben.

Was meine ich mit Eingriff in den Haushaltsvollzug? – Ich bekenne mich, die Koalition kennt sich ausdrücklich dazu, dass wir wissen, dass coronabedingt Geld liegengeblieben ist, dass wir wissen, dass der Haushalt nach den Maßstäben der letzten Jahre überveranschlagt ist, also Luft hat, aber wir genau diese Überveranschlagung zur Kenntnis nehmen und nach hinten heraus einsammeln. Wir fordern also den Senat dezidiert auf, keine Querumbuchungen am Parlament vorbei vorzunehmen und wollen das auch rechtlich abgesichert wissen. Denn das ist die weitere Konjunktursäule, die hinten herum reinläuft, um die Kreditaufnahme zu minimieren. Das haben wir uns in mehreren Wochen gemeinsam erarbeitet. Wir haben natürlich die Laufzeit von Krediten beleuchtet, in Einklang mit den daraus folgenden Belastungen. Selbstverständlich haben wir uns Nordrhein-Westfalen angeguckt. Brandenburg zum Beispiel macht 30 Jahre, Nordrhein-Westfalen bekanntermaßen 50. Da kann man geteilter Meinung sein. Aber in dieser grundsätzlichen, strategischen Frage laden wir Sie ein, mit uns diesen Weg gemeinsam zu gehen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Zillich!

Steffen Zillich (LINKE): Wir haben eine Situation, in der wir einen dramatischen wirtschaftlichen Einbruch haben, und wir haben eine Situation – insofern hat es der Finanzsenator ganz richtig gesagt – in der es nicht nur darum geht, dass Nachfrage weggebrochen ist, sondern in der in gleichem Maße das Angebot weggebrochen ist, aus regulatorischen oder zum Teil auch aus faktischen Gründen. Deswegen haben wir eine große Unsicherheit in der Frage, wie schnell Erholung stattfinden kann. Wir wissen nicht so genau, wie Wirtschaft sich erholen

kann, wir wissen zudem nicht so genau, wie gerade die Berliner Wirtschaft in einer solchen Situation auf eine Erholung reagiert. Wir vermuten leider, dass es uns dieses Mal nicht so geht wie zum Beispiel bei der Finanzkrise, dass es vor allen Dingen auf das Exportgeschäft durchschlägt und auf das produzierende Gewerbe, was Berlin nicht so sehr hat, sondern gerade auch auf die dienstleistenden Gewerbe und diejenigen, die eine Dienstleistung, Unterhaltung oder Unterbringung nachfragen. Das wird Berlin in besonderem Maße treffen. Deswegen war es uns wichtig, dass wir eine Strategie beschreiben, die in gewisser Weise in dieser Unsicherheit eine finanzpolitische Sicherheit verspricht, die nicht von Monat zu Monat sagt: Wo stehen wir gerade? Wie viel müssen wir noch sparen? Wie viel können wir uns noch an Konjunkturprogramm leisten? –, sondern die sagt: Wir müssen jetzt logischerweise in die Kreditaufnahme gehen. Wir können auch nicht nur dieses Jahr betrachten, was die Einnahmeausfälle betrifft, sondern auch die Folgejahre. Wir haben auch kein Interesse daran, gerade weil die Situation so ist, einen allgemeinen Spandruck auszugeben, der dazu führt, dass jedes einzelne Projekt infrage gestellt wird, der dazu führt, dass jede einzelne Einstellung im öffentlichen Dienst infrage gestellt wird, der dazu führt, dass die Handlungsfähigkeit im öffentlichen Dienst, die wir gerade nachholend wieder herstellen – dabei sind wir –, genau diese nicht wiederhergestellt wird, sondern wir sagen: Nein, wir finanzieren das Programm durch. Wir sorgen gleichzeitig für Einnahmeausfälle vor und für die Notwendigkeit von Soforthilfen und von Konjunkturmaßnahmen, und zwar in zweierlei Hinsicht – wie der Kollege Schneider es gesagt hat –, einerseits durch Kreditaufnahmen und andererseits dadurch, dass wir gewillt sind, dass das – das wird geschehen –, was coronabedingt nicht ausgegeben werden kann, ansammeln und uns damit finanzpolitisch in die Lage versetzen, Konjunkturförderung zu beschreiben. Wir halten es genau nicht für falsch in dieser Situation, sondern für gerade richtig, mit dieser finanzpolitischen Vorsorge nicht darauf zu warten bis wir wissen, welche konjunkturellen Maßnahmen im Einzelnen richtig sind, weil es im Moment gar nicht geht, das einzuschätzen. Man kann eine Richtung beschreiben. Das, was der Kollege Goiny gesagt hat, ist eine Tendenz, von der wir ausgehen müssen, nämlich, dass das, was der Bund traditionell unter Konjunkturprogrammen versteht, nicht etwas ist, was uns in Berlin zuallererst hilft. Deswegen wissen wir, dass wir spezifische Hilfsangebote machen müssen, und uns in die Lage versetzen müssen, sie anbieten zu können.

Wir müssen jetzt die finanzpolitische Klarheit darüber schaffen, dass wir in der Lage sind, sie tatsächlich auch anbieten zu können, ohne sie jetzt schon spezifizieren zu können. Darüber werden wir eine sehr intensive parlamentarische Debatte führen, wie wir die ausgestalten, in diesem Jahr noch mit dem 2. Nachtrag, sicherlich aber vor allen Dingen Ende dieses Jahres und im nächsten Jahr. Es wird weitere Nachtragshaushalte geben, die das dann im Einzelnen ausgestalten, sodass wir uns alle noch sehr betätigen müssen. Nichts davon wird ein Selbstläufer sein.

Wir brechen in diesem Sinne auch in gewisser Weise mit einem zumindest für diejenigen Kollegen, die die Situation nicht gedeckter Haushalte noch kennen, mit einer Situation, die in der Regel so aussah: Wie gucken einmal, wie weit wir die Ausgaben drücken können und dann müssen wir gucken, was noch fehlt. Das nehmen wir als Kredit auf. – Nein! Wir machen im Moment etwas anderes. Wir finanzieren das Haushaltsniveau aus. Wir sammeln, was übrig bleibt, ein und wir nehmen an Kredit auf und verbrauchen es in diesem oder in den nächsten Jahren und stecken es in Rücklagen, die wir für den Ersatz von Einnahmeausfällen, für Soforthilfen und Konjunkturmaßnahmen brauchen. Das ist die haushaltspolitische Strategie und

die legen wir jetzt an. Wir setzen jetzt den Rahmen. Die Einzelmaßnahmen können wir dann weiter diskutieren.

Weil Herr Goiny das angesprochen hat – dies zum Schluss –: Natürlich ist es in diesem Rahmen auch sinnvoll und wichtig, das ist auch ein gewolltes Signal, dass wir uns auch antizyklisch in die Lage versetzen, Grundstückskäufe dort zu betreiben, wo es für die Infrastruktur notwendig ist, weil sich jetzt möglicherweise Gelegenheiten ergeben, die sich später nicht mehr ergeben. Das ist auch eine Möglichkeit, coronabedingt zu reagieren, wenn es für die Infrastruktur möglicherweise sogar für die Wirtschaftsstruktur notwendig ist.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Frau Dr. Brinker!

Dr. Kristin Brinker (AfD): Vielen Dank! – Eigentlich wollte ich grundsätzlich anfangen, aber jetzt fange ich doch mit der Replik auf die einzelnen Kollegen an, denn es war doch sehr interessant, den Ausführungen zu lauschen. Herr Goiny! Dass Sie sich hier so als Verfechter der Schuldenbremse darstellen, finde ich ja respektabel, aber ich erinnere mich nicht, dass ich jemals von der CDU-Fraktion einen Antrag zum Thema Schuldenbremse gesehen habe, sondern Sie haben zwar konstatiert: Ja, Schuldenbremse ist in Ordnung –, aber Sie haben sich dazu nie schriftlich oder per Antrag geäußert. Insofern nehme ich das wohlwollend zur Kenntnis. Im Gegensatz zu uns, haben wir – wie Sie wissen – zwei Anträge dazu eingebracht und auch dezidiert dargelegt, was dazu unsere Vorstellungen sind. Ja, es ist klar, wir haben auf der einen Seite eine Notsituation, auf der anderen Seite einen Konjunktureinbruch, keine Frage. Beides hat natürlich Auswirkungen auf die Schuldenbremse, auch keine Frage. Wenn aber Kollege Zillich hier von einem Konjunkturprogramm spricht, dann ist es nicht zwingend Aufgabe des Landes, sondern dann ist es immer auch in erster Linie Aufgabe des Bundes, ein Konjunkturprogramm zu liefern. Ich werbe eindeutig dafür, die Coronakrise nicht zwingend als großes Problem zu sehen, sondern auch als Chance. Als Chance, lange liegengelassene oder bisher nicht geschaffte Projekte endlich umzusetzen, wie zum Beispiel das Thema Verwaltungsreform. Wir alle wissen, wir wollen nicht, dass das Personal weiter unter bestimmten Bedingungen arbeitet, aber es muss einfach auch endlich in Angriff genommen werden, dass bestimmte Umstrukturierungen stattfinden können, um das vorhandene Personal besser und effizienter einsetzen zu können.

Kollege Schneider hat in der Tat berichtet, dass die Investitionsquote erhöht werden muss, dass wir das Problem der maroden Infrastruktur haben. Das ist nicht neu. Allerdings bitte ich auch hier zu berücksichtigen, dass wir dieses Problem schon deutlich länger haben und es bis heute nicht möglich ist, eine Prioritätenliste vorzulegen, welche Investitionen wirklich total dringend sind. Die haben wir von Anfang an, seit Beginn der Legislaturperiode, angefordert, aber es gibt schlicht nach wie vor immer noch keinen Plan, um zu sagen, wo sind die Investitionsbedarfe wie groß. Es gibt immer Stückwerk, so wie wir es bei der Schulbauoffensive gesehen haben, aber es gibt nach wie vor für ganz Berlin, für alle Bereiche keine klare Übersicht. Demzufolge kann ich auch nicht eine klare Prioritätenliste erstellen. Das ist genau das Problem. Es sind grundlegende Dinge, die wirklich endlich einmal gelöst werden müssten, um diese Krise als Chance zu begreifen und Investitionen nach Prioritäten zu starten. Das Geld im SIWA ist tatsächlich vorhanden, wir wissen aber auch um die Probleme, das Ganze auf die Straße zu bringen.

Es sollte nicht Landesvermögen uneingeschränkt verschleudert und veräußert werden, keine Frage. Diese Ansicht teilen wir. Aber: Der Umkehrschluss kann nicht sein, dass wir jetzt zu überhöhten Preisen alles Mögliche einkaufen, mittels Vorkaufrecht usw. Auch da sollte mit Augenmaß gehandelt werden. Da teilen wir die Einschätzung des Kollegen Schneider nicht. Wir sind auch ganz klar für Stichwort „Krümelei“, um Sie zu zitieren. Es muss tatsächlich jede Position auf den Prüfstand. Das muss einfach in dieser Situation sein. Sie haben den Vergleich zu den Flächenländern angeführt, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, welche Schuldenaufnahmen dort gemacht worden sind. Ja, Herr Kollege, was Sie aber nicht gesagt haben, ist, dass wir in Berlin jetzt schon eine viel höhere Schuldenquote haben als diese Flächenländer. Diese Flächenländer haben, zum Beispiel Nordrhein-Westfalen, große Industriestandorte, die Berlin nicht hat. Insofern hinkt der Vergleich mächtig, gerade wenn man sich die aktuelle Schuldenquote anguckt. Wenn wir noch mehr, wie es jetzt geplant ist, in die Verschuldung gehen, wird es für Berlin noch dramatischer.

Ein Hinweis vielleicht auch noch: Wenn ich die Tabelle von der Senatsverwaltung für Finanzen richtig gesehen habe, dann ist es jetzt schon möglich, aufgrund der Konjunkturkomponente 2 Milliarden Euro mehr Schulden mit der Schuldenbremse aufzunehmen. Das Thema Schuldenaufnahme, das muss auch aus unserer Sicht sein, aber mit Außenmaß und Weitsicht und nicht so, wie es jetzt offenbar von der Koalition geplant ist.

Wir haben auch von Anfang an gesagt, die Einzelmaßnahmen gerade zum Erwerb der Schutzausrüstungen sind notwendig. Dafür haben wir damals auch unsere Zustimmung gegeben. Dass das Ganze dann mehr als holprig lief, ist eine andere Geschichte. Wir sind auch der Meinung, dass die Erweiterung an der Jafféstraße auf keinen Fall mehr notwendig ist. Da sollte dringend ein Stopnzeichen gesetzt werden. Wir haben auch immer gesagt: Soforthilfe ja, aber: Wenn wir uns angeschaut haben, wie die Soforthilfe dann aufgesetzt wurde, bei allem Zeitdruck, bei allem Verständnis, wissen wir, dass es da zu erheblichen Problemen gekommen ist und dass hier grundsätzliche Plausibilitätsprüfungen nicht stattgefunden haben. Das ist nach wie vor stark zu kritisieren.

Alles in allem ist der 1. Nachtragshaushalt im Wesentlichen in der Gegenfinanzierung darauf begrenzt, dass der Bund zahlt und dass wir die Tilgungsrate aussetzen. Insofern: Die Änderungsanträge, die uns jetzt vorliegen, werden wir so auf jeden Fall nicht mittragen können. Insofern: Das Gesamtpaket werden wir leider nicht mittragen können. Ich kann nur appellieren, in der Tat mit Augenmaß die Finanzlage anzuschauen und eine dramatische Überschuldung Berlins auch für die Zukunft zu vermeiden. Denn so, wie es sich jetzt gestaltet, werden wir nicht nur unserer Kindergeneration, sondern auch die Enkelgeneration mit dem belasten, was wir heute ausgeben. Das sollten wir uns genau überlegen, ob das das Ziel sein sollte und ob wir nicht mit anderen Maßnahmen entsprechend gegenlenken können. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Wesener – bitte!

Daniel Wesener (GRÜNE): Ganz herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich will mich, weil auch schon viel gesagt worden ist, auf zwei Themen fokussieren: Das eine ist die Frage: Was ist eigentlich verantwortungsvolle, nachhaltige und strategische Finanzpolitik in einer Situation wie dieser? –, und das Zweite ist die Frage: Was verstehen wir eigentlich unter Sparen – oder auch nicht, und warum ist das zumindest in Teilen, zumindest aus meiner Sicht, eine Placebodebatte.

Zum ersten Punkt: Ich nutze mal die Gelegenheit, mich bei all denjenigen in der Verwaltung zu bedanken, die in den vergangenen Wochen unter hohem Zeitdruck und diversen sonstigen Belastungen Berichte geschrieben haben. Das ist nicht ganz einfach in einer Situation, die sich dermaßen dynamisch darstellt, wie die aktuelle. Viele dieser Berichte sind so gut und ordentlich sie aufgesetzt worden sind, zum Teil schon wieder Makulatur, wenn sie uns erreichen. Ich sage ganz dezidiert: Nicht, weil da schlecht gearbeitet wurde, sondern weil sich die Rahmenbedingungen, der Kontext sehr schnell ändern. Ich glaube, das gilt auch für die eine oder andere Debatte der letzten Wochen und Monate im Parlament, vielleicht sogar auch den einen oder anderen Antrag, wo auch wir ständig überholt werden von einer Krisenentwicklung, die niemand, zumindest langfristig absehen kann. Wir haben, glaube ich, auch gemeinsam festgestellt, dass das für Haushalts- und Finanzpolitik, insbesondere wenn sie den Ansprüchen unterliegt, die hier von der Opposition noch einmal völlig zu Recht vorgebracht worden sind, ein Problem ist. Wir haben jetzt in den vergangenen Wochen und Monaten 3 Milliarden Euro außer- und überplanmäßig ausgegeben und haben – auch dafür vielen Dank sowohl an die Exekutive als auch hier an die Kolleginnen und Kollegen – das Beste daraus gemacht. Gleichwohl, dass das nicht befriedigend ist, dass das kein Normalzustand sein kann, das ist uns auch klar.

Wir haben jetzt beispielsweise mit einer Soforthilfe V zu tun, die ist – die Wirtschaftsverwaltung möge mich korrigieren – am letzten Montag an den Start gegangen, ist Teil eines 1. Nachtragshaushalts, den wir heute lesen und am 4. Juni beschließen, und von der uns gestern die Wirtschaftsverwaltung – und zwar völlig zu Recht – mitteilt: Angesichts der Entwicklung, des Bedarfs, der Nachfrage sagen wir: Man muss, was Tilgungszuschüsse und deren haushaltrechtliche Absicherung angeht, noch einmal nachjustieren. Völlig zu Recht! Das konnte niemand vorhersehen, das gilt auch für die anderen Soforthilfeprogramme, dass sich erst in deren Vollzug, mitunter erst im Nachhinein herausstellt, wie groß die Bedarfe wirklich sind. Das muss übrigens nicht immer so sein, dass die größer sind als das Volumen. Wir werden vielleicht auch das eine oder andere Beispiel erleben. Aber das zeigt, dass wir ein Problem haben, wenn wir exekutives Handeln gerade im haushalts- und finanzpolitischen Bereich mit den realen Entwicklungen und Bedürfnissen dieser Stadt und mit einer parlamentarischen Kontrolle und den notwendigen haushaltrechtlichen Ermächtigungen synchronisieren wollen.

Deswegen, da bin ich jetzt bei der strategischen Entscheidung dieser Koalition, haben wir gesagt: Nein, wir wollen nicht, dass der 1. Nachtrag letztlich nur eine Abrechnung ist. Der 1. Nachtrag, den Sie, Herr Goiny, gut finden, den man auch gut finden kann angesichts dessen, was er abbildet, ist eine Abrechnung, Strich unter das, was in den letzten Wochen gelaußen ist. Ich habe es gerade anhand des Beispiels der Soforthilfe V gesagt, wir merken heute schon, bevor dieser 1. Nachtrag überhaupt beschlossen ist, dass die Dinge, die dort drinstehen, ich will gar nicht sagen Makulatur sind, sondern wo es absehbar weitere Bedarfe gibt und zwar beispielsweise in einem Bereich, über den es auch einen politischen Konsens gibt – zumindest habe ich nichts Gegenteiliges gehört –, nämlich den Wirtschaftshilfen. Da sagen wir: Gerade weil das so ist und gerade weil wir einen 2. Nachtrag am 4. Juni in erster Lesung im Parlament haben, dann eine Sommerpause und danach in die parlamentarischen Beratungen gehen, mit all ihren Dynamiken, wo man die Zeitschiene zumindest heute noch nicht final absehen kann, gerade deswegen ist es wichtig, hier auch eine Vorsorge zu treffen, analog zu den Bedarfen, die wir sehen, wo wir glücklicherweise jetzt aufgrund der Steuerschätzung etwas klarer sehen als in der Vergangenheit, und gleichzeitig neben diesen Spielräumen, die wir via Kreditfinanzierung absichern wollen, eben auch deutlich machen, was die politischen,

haushaltspolitischen Prioritäten dieses Parlaments sind und welche Kontrollmechanismen wir damit verbinden.

Zu den Wirtschaftshilfen habe ich gerade etwas gesagt. Ich will es an zwei, drei anderen Beispielen deutlich machen, die wir – und zwar nicht zufällig – mit diesen Änderungsanträgen der Koalition adressieren: Das sind beispielsweise die Themen Soloselbstständige und Kleinunternehmen, wo wir es – Frau Meister weiß das im Zweifelsfall besser als ich – in Berlin mit einer sehr spezifischen Wirtschaftsstruktur zu tun haben, wo gerade diese Gruppe von Menschen anteilig am Wirtschaftsleben sehr viel größer ist als in dem einen oder anderen Bundesland. Wir wissen: Der Bund hat Hilfen unter anderen Konditionen aufgelegt als es das Land mit seiner Soforthilfe II ursprünglich gemacht hat, wo aber jetzt auch zeitlich, Ende Mai, formell erst einmal Schluss ist. Da ist sogar noch Geld da, zumindest ist das meine Information, was diese Coronaselbstständigenhilfen angeht und wo wir auch um ein Problem wissen, das in den letzten Wochen heftig diskutiert worden ist, dass nämlich nach den Bundeskonditionen eine ganze Reihe von Menschen gerade in dieser Stadt durch das Raster fallen, weil sie keine Betriebskosten nachweisen können, sondern weil sie zwar arbeiten – das sind, anders als Frau Grüters meint, keine Arbeitssuchenden, die jetzt als Erwerbslose in eine Grundsicherung müssen –, sondern die arbeiten, aber eben zu Hause. Ihr Betrieb ist das heimische Wohnzimmer bzw. die Wohnung. Da kennen wir einen Brief, unterschrieben von allen Landeswirtschaftsministerinnen und -ministern der Republik, aller Farben, in dem steht: Lieber Bund, bitte öffne diese Hilfen. – Das kann passieren, vielleicht passiert es nicht. Der Bund wird nach meiner festen Überzeugung aber noch einmal nachjustieren müssen, was diese Wirtschaftshilfen in toto angeht. Da sind wir doch klug beraten nicht zu sagen: Wir machen eine Schlussabrechnung unter die Soforthilfe II, soweit wir sie kennen, sondern zu sagen: Hier gibt es potenziell, in Abgleich mit den Entscheidungen des Bundes – ganz wichtig! – schaffen wir uns Spielräume finanzieller Art und sagen politisch: Das ist ein Bereich, den müssen wir im Blick behalten.

Ich will ein drittes Beispiel nennen: Wir haben bundesweit zu Recht eine Debatte über die schwierige Situation der Eltern in dieser Republik angesichts der Betreuungssituation. Mit allen Implikationen – das will ich jetzt nicht ausführen – für das Wirtschaftsleben. Mein Eindruck ist, wenn man eine Wirtschaft stilllegen will, wenn man Daseinsvorsorge stilllegen will, wenn man eine gesamte Justiz als dritte Gewalt stilllegen will, dann kann man das ganz einfach bekommen, indem man sagt: Kitas und Schulen bleiben geschlossen. – Das ist für mich, der ich nicht Bildungspolitiker bin, eine der Lehren aus dieser Krise. Jetzt sind wir glücklicherweise ein Stück weiter. Wir wissen aber auch, die Betreuungssituation bleibt schwierig, der Lockerungspfad ist ein komplizierter, der Schichtbetrieb ist ein komplizierter. Und der Bund und die anderen Länder diskutieren über, ob sie das nun Coronaelterngeld nennen oder anders, ist mir egal, entsprechende Maßnahmen. Da sind wir doch in Berlin gut beraten zu sagen: Auch hier schaffen wir eine Vorsorge und geben diesem Senat einen politischen Fingerzeig, dass hier etwas gehen kann und sollte, wenn es denn konzeptionell untersetzt und wenn es denn mit diesem Parlament, mit dem Hauptausschuss rückgekoppelt ist.

Last but not least, Herr Gony, weil ich weiß, dass es auch Ihnen ein großes Anliegen ist. Die gewerblichen Mieterinnen und Mieter in dieser Stadt, die nicht alle, aber zum großen Teil Probleme haben und von denen wir wissen, dass sie mit einer Mietstundung, ob nun durch den öffentlichen oder privaten Vermieter vielleicht durch die nächsten Monate kommen, wo aber die Mietschulden, die akkumuliert werden, womöglich, nicht in allen Fällen, aber wo-

möglich im Einzelfall dazu führen, dass eine Insolvenz unvermeidlich ist, angesichts dieser Tatsache ist es doch auch hier klug zu sagen, zumindest in dem Regelungsbereich, der uns offensteht, nämlich dort, wo wir selbst als Land Berlin Vermieterin sind, schaffen wir zumindest eine Vorsorge und geben dem Senat einen Fingerzeig, gegen Vorlage eines Konzepts und in der Einzelfallbetrachtung sowohl der verschiedenen Gesellschaften als auch der betroffenen Mieterinnen und Mieter zu sagen: Ja, eventuell helfen wir in der größten Not. Das finde ich strategisch richtig, das finde ich haushaltspolitisch richtig, und ich finde das auch parlamentarisch richtig. Wer ist denn momentan am Drücker? Wenn wir gemeinsam zu Recht sagen, wir müssen schnell reagieren, weil diese Krise so ist, wie ich sie beschrieben habe, und weil die Bedarfe und deren Entwicklung so sind, wie ich sie beschrieben habe, dann ist es doch momentan gar nicht der Senat, der da schnell Abhilfe schaffen kann. Der hat einen 1. Nachtrag vorgelegt, er hat einen 2. Nachtrag heute vorgelegt, über den aber erst irgendwann entschieden wird. Das heißt, heute oder in dieser Spanne ist es eben nicht die Stunde der Exekutive, sondern es ist zumindest haushaltspolitisch die Stunde der Legislative zu sagen: Wir tragen unseren Teil dazu bei, dass weiterhin schnell, flexibel und solidarisch gehandelt werden kann. Das ist der Kernpunkt dieser Anträge.

Ich will das nur noch um einen Aspekt ergänzen, der mir ganz wichtig ist. Über das Konsultationsverfahren ist hier schon einiges Richtige gesagt worden. Auch wir waren uns schon bei der ersten Lesung einig, dass die Änderung von § 5 Haushaltsgesetz mit der Ausweitung des Schwellwerts von 5 Millionen Euro auf 100 Millionen Euro nicht der Weg ist, den wir präferieren. Wir sagen auch nicht: Nehmt Kredite auf und schüttet sie in dieser Stadt einfach aus, sondern wir konditionieren und sanktionieren das politisch und haushaltsrechtlich. Und wir tun es – auch das ist mir wichtig – nicht nur in Hinblick auf diese Kredite, sondern wir tun es auch in Hinblick auf die Mittel, von denen wir wissen: Ja, sie werden leider – ich sage immer „leider“! – nicht verausgabt, können nicht verausgabt werden, entweder, weil diese Krise auch im Bereich bauliche Investitionen, auch im Bereich Personaleinstellungen natürlich dazu führt, dass Berlin da nicht schneller wird, sondern krisenbedingt leider langsamer. Das ist Geld, von dem wir heute noch nicht wissen, auf wie viel es sich bis zum Ende des Jahres summiert. Ich höre da Zahlen zwischen 2 und 3 Milliarden Euro. Ich kann dazu nur sagen: Für unrealistisch halte ich das nicht. Auch hier sagen wir: Wir wollen wissen, was mit diesem Geld eigentlich passiert. Wir haben in der Vergangenheit, nicht ganz zu Unrecht, der Finanzverwaltung sehr weitreichende Möglichkeiten gegeben, in Gestalt von Deckungsvermerken und zwar nicht nur innerhalb von Einzelplänen, sondern quer über diesen Haushalt hinweg, haushaltswirtschaftlich nachzusteuern. Das ist an und für sich in Ordnung. In dieser Krise und bei dem Volumen, über das wir reden, sagen wir: Da muss auch das Parlament beteiligt werden und da gilt eben auch das Haushaltsrecht, auch wenn wir formal in der Haushaltswirtschaft sind.

Damit komme ich zu meinem zweiten Aspekt, nämlich dem Sparen. Ich fand die Debatte der letzten Wochen deshalb ein bisschen kurios, weil ich mich schon immer gefragt habe: Was ist eigentlich das Verständnis von Sparen. Da gibt es mehrere Möglichkeiten. Die eine ist das, was Herr Goiny vorhin völlig zu Recht gesagt hat: Sparen kann bedeuten, in guten Zeiten Geld zurückzulegen. Herr Goiny, da bin ich bei Ihnen, da bin ich auch froh, dass wir da stehen, wo wir stehen. Ich will darauf hinweisen: Die Konjunkturrücklage hat diese Koalition gebildet – [Zuruf von Christian Goiny (CDU)] – Sie haben das gefordert. Genau! Sie haben es gefordert, wir haben es gemacht. Weil Sie vorhin gesagt haben 2012 war noch alles schick und alles, was dann später kam – Nein, nein! Wir haben diese Konjunkturücklage gebildet.

Das ist ein Sparen, dagegen habe ich nichts. Ein anderes Sparen ist selbstverständlich, verantwortungsvoll mit Steuermitteln umzugehen, zu gucken, dass die Preise, die man zahlt, die realen Preise sind und man kein Geld zum Fenster hinauswirft, genau hinschaut. Dazu sage ich: selbstverständlich.

Dann gibt es ein Sparen, das kann man je nach Perspektive und je nach politischer Intention als Konsolidierung begreifen oder als ein Kaputtsparen. Ich glaube, da sind wir in Berlin, Frau Meister, in der Tat schlauer geworden, ob einer Vergangenheit, die wir vielleicht heute allesamt etwas anders bewerten als wir es damals getan haben, und wir wissen, Herr Schneider hat das sehr eindrucksvoll an dem Beispiel der öffentlichen Immobilien entfaltet, dass es eben nicht unbedingt günstiger wird. Sparen heißt nicht unbedingt, dass es günstiger wird. Auch unterlassene Investitionen sind übrigens Schulden, sind eine Belastung für nachfolgende Generationen. Deswegen ist das eine Kategorie, bei der man ganz genau hinschauen muss. Wir sagen – das ist, glaube ich, der entscheidende Punkt –: Ein Sparen in die Krise hinein, ein Sparen das bedeutet, dass bei der spezifischen Wirtschaftsstruktur in Berlin, Herr Zillich hat sie vorhin angerissen, nicht dafür sorgt, dass die über die Krise hinwegkommen, sondern die reihenweise in die Insolvenz schickt, ob das jetzt Betriebe sind oder ob das Privathaushalte sind, ein Sparen, wo man Zukunftsinvestitionen nicht nur temporär verschieben muss, weil es baulich nicht vorangeht – wenn sich Dinge verzögern, dann verzögern sie sich –, aber wenn man an Zukunftsinvestitionen herangeht, im Bereich einer Verkehrswende, im Bereich einer Energiewende, überhaupt bei allem, was öffentliche Infrastruktur ist, da sagen wir in der Tat: Das halten wir für falsch. – Und zwar nicht, weil wir an irgendwelchen Lieblingsprojekten festhalten, oder nicht, weil wir nicht in der Lage wären zu sagen: Es braucht Haushaltsdisziplin. Ich glaube, die haben alle Parteien und Fraktionen in den vergangenen Jahren bewiesen und mussten auch beweisen, dass das nichttut, sondern weil wir die These in den Raum stellen: Über diese Art und Weise in eine Krise hineinzusparen, macht sie nicht kleiner, sondern macht sie mittel- und langfristig ökonomisch und damit eben auch haushalts- und finanzpolitisch größer. Mit Verlaub, ich kenne nur noch sehr wenige in der Republik, die das komplett anders sehen. Das sind eher Exoten und Exotinnen, um es einmal vorsichtig zu formulieren, und zwar sowohl im Bereich der Wirtschaftswissenschaften, aber auch im politischen Betrieb. Einem Herrn Söder eine lockere Finanzpolitik vorzuwerfen, weiß ich nicht, ob das funktioniert. Der ist jetzt vorneweg. Da bin ich persönlich durchaus der Meinung, dass das, was er an Konjunkturprogrammen will, Abwrackprämie usw., dass das die falschen Maßnahmen sind, aber auch der sagt, wie alle anderen in den demokratischen Parteien und Fraktionen in den Länderparlamenten, im Bundestag, auch: Natürlich müssen wir nicht in diese Krise hineinsparen, sondern wir müssen gegen sie anfinanzieren, wir müssen denjenigen helfen, die wir am Ende brauchen, um Wirtschaftskraft zu erhalten oder sogar im besten Fall neu zu generieren, die ohne diese Maßnahmen und Hilfen die Krise eben nicht überleben würden.

Insofern lassen Sie uns gern streiten, ob diese These, diese Strategie und die entsprechenden Schwerpunkte, die wir als Koalition setzen, richtig sind, aber ich glaube, unbestritten ist, dass wir als Parlament hier die Möglichkeit haben, aktiv – und zwar auch proaktiv – Haushalts- und Finanzpolitik in der Krise zu gestalten, wo wir ansonsten immer hintendran waren, vielleicht alle miteinander, wo wir regelmäßig das Problem hatten und haben werden, dass bestimmte Entwicklungen schneller sind als das, was uns als Instrumentarien und auch an Regularien zur Verfügung steht und wo wir dennoch, glaube ich, jetzt erst einmal einen sehr guten Aufschlag machen, und zwar als Legislative, indem wir heute diese Änderungsanträge beschließen bzw. am 4. Juni einen 1. Nachtrag beschließen. Ich kann Ihnen sagen, die Debatte

um den 2. Nachtrag wird nicht weniger aufregend. Da werden wir genau die gleichen Fragen – – Ich will die Debatte jetzt nicht vorwegnehmen, Herr Goiny, sonst sagen Sie wieder, Sie hätten ihn noch nicht gelesen. Aber ich glaube, man muss ihn auch nicht gelesen haben, um zu wissen, auch da wird es darum gehen: Wie groß sind die Finanzierungsbedarfe, sind die kleiner, sind die vielleicht größer? Was machen wir vielleicht zusätzlich über Kredite? Was tut da Not? Wie machen wir diese Kredite? Welche Schwerpunkte setzen wir politisch? Ich glaube, dass ist das Business, das wir gemeinsam in diesem Jahr haben. Ja, das ist anstrengend, und das wird auch nicht immer reibungslos gehen, aber ich finde, es steht uns gut an, hier und heute deutlich zu machen, dass wir zumindest einen Anspruch haben, gestalterisch, politisch verantwortlich und das auch mit den Mitteln der Haushalts- und Finanzpolitik als Parlament in dieser Krise unterwegs zu sein. – Danke!

Vorsitzende Franziska Becker: Frau Meister, bitte!

Sibylle Meister (FDP): Ich fange mal mit dem Bereich Soforthilfen und wirtschaftliche Unterstützung an. Ich glaube, da sind wir gar nicht weit auseinander. Wir haben von Anfang an gesagt, dass sowohl die Umsetzung der Soforthilfe II, also die Erweiterung der Soforthilfe II durch den Landesteil, der auch für persönliche Kosten zu verwenden ist, richtig war. Ich glaube, es war wirklich richtig und berlinspezifisch notwendig, weil in Berlin ein Schwerpunkt auf diesen kleinen und mittleren Unternehmen – null bis zehn Mitarbeiter – liegt. Wir haben auch gesagt: Wir brauchen im Anschluss daran unbedingt Wirtschaftshilfen für die Unternehmen mit zehn bis 100 Mitarbeitern. Davon bin ich nach wie vor überzeugt, ich bin wirklich felsenfest davon überzeugt, auch wenn es vielleicht nicht jeder Liberale so sieht, aber ich bin der Meinung: Wir müssen es zwingend machen, weil wir alles machen müssen, um zu verhindern, dass wir am Ende des Jahres hier mit 30 Prozent Arbeitslosigkeit stehen. So viel Aluhüte können wir am Ende gar nicht basteln. Wir müssen gucken, dass wir möglichst viel Arbeitsplätze erhalten. Das heißt für Berlin: Arbeitsplätze im Bereich Tourismus. Das sind die, die jetzt am meisten gebeutelt sind, weil sie den Leuten nicht sagen können: Dann macht halt im August einen Muttertag, den Frühlingsanfang, den Vatertag oder so etwas. Das sind die Umsätze, die weggebrochen sind und die ganz schwer wieder aufzuholen sind. Insofern ist es richtig. Wenn ich es richtig überblicke, dann ist es Ihr Antrag Nr. 3. Dabei sind wir an Ihrer Seite, weil wir es auch selbst gefordert haben und weil ich es auch für richtig halte.

Bei dem Vermietermodell musste ich ein bisschen schmunzeln, weil ich mich an die Debatte im Kulturhaushalt erinnert gefühlt habe und mir dachte: Es gibt völlig neue Perspektiven für das Vermieter-Mieter-Modell bei der BIM. Das kann man sich dann auch noch mal überlegen, aber auch das ist sicher etwas: In dem Moment, in dem obendrüber steht: Wir erhalten die Arbeitsplätze –, sind wir damit erst einmal auf dem richtigen Weg. Genau das ist auch die Herausforderung dabei. Da sehen wir es etwas anders. Ich finde die 6 Milliarden Euro, mir ist das am Anfang ein zu großer Schluck aus der Pille, weil das Problem am Ende des Tages ist – das war es auch in den Sparjahren –, wir hatten nicht nur Sparjahre, wie jetzt die letzten Jahre waren, einfach nur mit weniger Geld, sondern wir hatten dazu 17 bis 20 Prozent Arbeitslosigkeit. Das sind Faktoren, die dort zusammengekommen sind, die ich kein zweites Mal brauche, um es einmal so zu sagen. Natürlich lernt man daraus, lernt jeder daraus.

Da bin ich ein Stück weit bei Herrn Schneider: Das schnelle Cutten von Investitionen und Maßnahmen in die Infrastruktur ist erst einmal einfach, aber – das muss man ganz klar sagen – war sicher nur bedingt zielführend. Wir haben immer gesagt: Eine verrottete Infrastruktur

ist auch eine Form der Verschuldung. Insofern würde ich solche Dinge wie Schulneubau überhaupt nie infrage stellen. Das ist völlig selbstredend, dass wir das benötigen, und zwar mittlerweile zu beiden Seiten. Jetzt nicht mehr nur, weil wir dringend neue Schulen brauchen, sondern auch, weil wir damit natürlich Aufträge für die Bauwirtschaft generieren. Es hat jetzt in beide Richtungen eine Wirkung.

Es gibt aber auch Dinge, das wissen Sie, das ist kein Geheimnis, da sind wir nicht beieinander. Dass wir in solchen Zeiten Ankäufe tätigen müssen oder in den letzten Jahren tätigten mussten, da hätte man für 250 Millionen Euro für das Kosmosviertel ein paar schönere, wichtigere und bessere Dinge machen können. Wir brauchen jetzt auch keinen Bodenfonds. Dass es jetzt die großen, günstigen Schnäppchen gibt, sehe ich auch noch nicht so richtig.

Natürlich ist die Waage zu halten, in die Investitionen, in die Infrastruktur als auch in die Wirtschaftshilfen, aber gleichzeitig zu gucken, dass wir nicht mit Verpflichtungsermächtigungen in eine Zukunft gehen, in der das Tilgen immer schwerer wird. Er wird immer schwieriger, denn auch wenn wir eine hohe Arbeitslosigkeit verhindern – wir werden eine ansteigende Arbeitslosigkeit haben – wird es immer schwieriger werden. Wir wissen auch noch nicht genau, was kommt. Insofern sind wir der Meinung, dass man ein paar Projekte hinterfragen darf.

Noch ein Punkt, weil wir über die Zukunft reden, ist es mir wichtig, ihn hier zu erwähnen, auch wenn es bei den Summen, über die wir gerade gesprochen haben, nur ein kleiner Punkt ist, das ist die weitere Halle an der Jafféstraße. Ich muss ganz ehrlich sagen: Ich halte diese Ausgabe für richtig. Ich bin felsenfest davon überzeugt, dass es keinen zweiten Shutdown geben wird, weil das keinem mehr zu vermitteln ist. Wir haben irgendwann einmal einen Punkt erreicht, da treibt die Menschen die Existenzangst so viel stärker um als alles andere, dass das nicht mehr durchzusetzen ist. Insofern halte ich es für richtig, was wir auch in der Phase des Shutdowns gemacht haben, was erreicht worden ist, nämlich die Kapazität im Gesundheitssystem auszubauen, auch mit der Erweiterung an der Jafféstraße im Messegelände zu machen. Auch da gilt: Wenn wir es nicht brauchen, dann ist es wirklich gut gelaufen, und dann finden wir dafür auch noch eine Verwendung, denn dann können wir dafür Krankenhäuser umbauen, sanieren und was nicht noch alles machen. Dann ist das gerade das geringste Problem, was wir am Ende des Jahres haben. Insofern sind wir da bei Ihnen und sind gespannt, wie es ab dem 4. Juni weitergeht und werden das sicher auch entsprechend diskutieren.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Ubbelohde, bitte!

Carsten Ubbelohde (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Sehr geehrte Damen und Herren! Im Einklang mit der schon ausgiebig stattgefundenen Debatte und im Einklang mit dem, was wir als Fraktion zu diesem sehr umfangreichen Thema schon gesagt haben, möchte ich vier doch über die bisherigen Redebeiträge hinausgehende Aspekte benennen. Der größte Feind eines hohen Kredites, der größte Feind hoher Schulden und damit sehr häufig einer langen Tilgungsdauer weit in die Zukunft der künftigen Generationen hinein, ist eine niedrige Kreditsumme. Insofern ist eine zielführende Debatte diejenige, die vermeidet, überhaupt erst einen hohen Kredit, eine hohe finanzielle Belastung eingehen zu müssen. Denn eines dürfen wir nicht vergessen: Wir planen weit in die kommenden Generationen unserer Kinder und Enkelkinder hinein. Wer gibt uns eigentlich das Recht, Verpflichtungen in die Zukunft hinein

einzugehen und künftigen Generationen das Setzen eigener politischer Prioritäten, die – das darf ich Ihnen da drüben versichern – mit Sicherheit andere Schwerpunkte setzen werden als Sie sich das vorstellen, wer gibt Ihnen vor allen Dingen das Recht, so weitreichend in die Zukunft Verpflichtungen einzugehen und künftigen Generationen, von der Sie meinen, sich einzusetzen, was Sie in Wirklichkeit nicht tun, damit die Zukunft zu verbauen?

Zweiter Punkt: Wir vergessen, dass die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland, aber insbesondere auch in dieser Stadt, die alles andere als eine wirklich prosperierende, wirklich wachsende Stadt ist, sondern eine Stadt, die – das hat meine Kollegin Kristin Brinker ja schon deutlich gesagt – auf Pump gewohnt ist zu leben, dass die sozialen Sicherungssysteme in den nächsten Jahren und nicht etwa in Jahrzehnten so stark unter Druck stehen werden, dass wir über finanzielle Belastungen sprechen, die selbst über das, über das wir heute diskutieren, weit hinausgehen. Dann sehen wir uns wieder. Dann diskutieren wir noch einmal über die Schwerpunkte, die Sie da drüben in der Koalition in der Vergangenheit gesetzt haben und in der Zukunft setzen wollen.

Dritter Aspekt: Was machen Sie eigentlich, wenn Corona II kommt? Was machen Sie eigentlich, wenn es andere Katastrophenszenarien, andere Pandemien geben sollte, die ähnliche Maßnahmen heraufbeschwören; wobei ich hoffe, dass wir dann umsichtiger, verhältnismäßig auf solche Pandemien und gesundheitliche Belastungen reagieren als es bisher der Fall gewesen ist? Wie reagieren wir denn dann? Sind wir dafür gewappnet? Mit Blick auf die Vorsorge des Senats und besonders auch der Bundesregierung, auf solche Katastrophen, auf solche Pandemien, wenn ich darauf schaue, wie die Pandemiepläne aus den Jahren 2012 und 2013 keine Umsetzung fanden, bin ich sehr skeptisch, dass wir für die Zukunft für dieses Szenario, das durchaus wiederkommen kann, ausreichend gewappnet sind.

Nun der letzte Punkt: Ja, die Investition in die Zukunft ist eine wesentliche. Da haben Sie wohl recht. Das ist auch eine Basis für künftige Generationen. Nur frage ich Sie: Gehören dazu die Schwerpunkte der Koalition, die Sie setzen, wie Klimanotstand in den Bezirken auszurufen, Gendermaßnahmen in den Bezirken, Fahrradwege mal eben schnell zu gestalten, möglichst in Nacht-und-Nebel-Aktionen, oft genug als Pop-up-Radwege, die überhaupt keine rechtliche Grundlage haben und damit den Verkehr der arbeitenden Bevölkerung behindern. Gehören E-Busse dazu, gehören Demokratieprojekte zu steuern, Demokratieprojekte zur Unterstützung der eigenen Klientel zu finanzieren, die unter Demokratie die Demokratie verstehen, wie es die Deutsche Demokratische Republik definiert hat, und nicht die Grundlage der freiheitlich demokratischen Grundordnung, gehören diese Projekte für Sie wirklich zur Zukunft? – Ich sage Ihnen, welche Zukunftsprojekte Sie finanzieren müssten und hätten längst finanziert müssen: Was ist mit dem Wohnungsbau? Was ist mit der längst fälligen, tatsächlichen Digitalisierung in der Verwaltung, damit z. B. die Verwaltungsakademie, Fortbildungsinstitut der öffentlichen Verwaltung, überhaupt in der Lage ist, Homeoffice zu nutzen, was überhaupt nicht der Fall ist? Wie sieht es aus, die Verwaltung entsprechend auszustatten, damit im Grunde genommen, sich wieder Leute in unserer Verwaltung bewerben? Hören Sie doch mal in die Verwaltung hinein, wie die ihre Zukunft sehen mit Blick darauf, dass in den nächsten drei Jahren 30 Prozent in den Ruhestand gehen und sich so gut wie keiner mehr bewirbt. Das sind die Projekte! Was ist mit der Krankenhausfinanzierung? Wann kommen Sie als Senat, als Regierungsparteien überhaupt Ihrer Verpflichtung nach, die Krankenhäuser auskömmlich zu finanzieren? Seit Jahren tun Sie das nicht, Sie tun es nicht! Die Infrastruktur dieser Stadt verkommt und sie wird weiter verkommen, weil Sie gar nicht in der Lage sind,

Infrastruktur vernünftig zu finanzieren, zu organisieren und zu realisieren. Das sind die Probleme, die wir in dieser Stadt haben und nicht, Zukunftsschlösser aufzubauen, Kulturprojekte zu finanzieren, Solosebstständige in den primären Blick zu nehmen, sondern hier geht es darum, den Mittelstand zu stärken, diejenigen, die Steuer überhaupt erst erwirtschaften mit ihrer Kreativität, mit ihrer Innovationskraft, die Sie da drüben leichtfertig ausgeben.

Vorsitzende Franziska Becker: Ich habe als letzten Redner Herrn Zillich auf der Liste, danach folgt Senator Kollatz.

Steffen Zillich (LINKE): Nur ganz wenig Replik und ein bisschen Technik, die wir betreiben müssen – zu Herrn Ubbelohde sage ich jetzt nichts –: Frau Kollegin Meister! Der Hinweis zur Jafféstraße ist ein interessanter und stellt eine weitergehende Frage. Man kann es so oder so einschätzen, ob man die Halle brauchen wird oder nicht. Ich bin da ein bisschen skeptisch, insbesondere deswegen, weil es nicht die einzigen Reservekapazitäten sind, die wir haben, und weil sich daraus nicht nur die Frage der investiven Mittel stellt, sondern auch die, wer das Ganze eigentlich unterhält. Wenn man der Auffassung ist, dass die Lehre aus dieser Krise ist, dass wir solche Reservekapazitäten vorhalten müssen, dann stellt sich natürlich die Frage der Finanzierung des Gesundheitssystems: Wer soll sie jeweils im Betrieb vorhalten? Sollen das die Krankenkassen bezahlen? Soll das die öffentliche Hand bezahlen? – Das kann man sich für einen größeren Vorrat an Kitteln und Schutzausrüstungen etc. irgendwie noch vorstellen, Krankenhausbetten stellt man aber ja nicht einfach nur in die Ecke, sondern da hat es auch etwas damit zu tun, dass man sie im Zweifel tatsächlich nutzbar machen kann, was Personal und Ähnliches betrifft. Das müssen wir uns schon angucken.

Wir werden uns, glaube ich, auch ziemlich genau angucken müssen – und da ist es nur eine halbe Frage, wie viele Betten wir in Reserve haben –, ob wir die sonstigen Einnahmequellen der Krankenhäuser jetzt noch weiter limitieren oder nicht und wie wir da vorangehen müssen. Das wird eine Frage sein, die wir anhand von Liquiditätszuschüssen diskutieren müssen, über die wir im zweiten Nachtrag reden werden. Zu den anderen Fragen ist es bestimmt total spannend, inwieweit wir da auf Bundesebene in die Debatte kommen. – Ich stimme Ihnen vollkommen zu, dass wir weitgehend darum kämpfen müssen, möglichst viele Jobs zu erhalten und wir das in zweierlei Hinsicht tun müssen, einerseits durch Hilfe, zum anderen aber auch durch Nachfrage. Es macht sicherlich keinen Sinn, wenn wir die Nachfrage so einschränken, dass sie dann gar keine Chance mehr haben. Das bedeutet aber in gewisser Weise, dass man jetzt etwas tun muss, um in Vorleistung zu gehen, bis sie wieder wirtschaftlich wertschöpfend tätig sein können. Das ist das, was wir hier tun müssen.

Doch noch eine Replik auf Herrn Ubbelohde: Ich glaube nicht, dass unser Wirtschaftssystem so resilient ist, dass wir aus der Frage, ob wir eine Katastrophe – oder mehrere – finanziell und wirtschaftlich überleben können, die Antwort ableiten können, wie wir jetzt mit dieser Katastrophe umgehen können. Wir können vielmehr nur das tun, was wir jetzt für richtig halten, und wir können ansonsten darüber nachdenken, wie wir das insgesamt nachhaltiger gestalten, wie auch immer.

Ich habe jetzt noch zwei eher technische Sachen – Kollege Goiny wird das, glaube ich, auch anregen wollen, ich habe aber ein ähnliches Interesse –, zum einen: Wir haben eine ganze Reihe von Nachfragen zu den umfangreichen Berichten, die hier vorliegen, auch zum Abfluss von Mitteln usw. Wir würden die gerne schriftlich einreichen, damit wir das nicht ewig lange diskutieren müssen. Zum anderen will ich auf einen Punkt hinweisen, der mit der Änderung im Haushaltsgesetz zu tun hat. Wir kommen – und seitens der Opposition haben Sie das bestätigt – dem Wunsch des Senates nicht nach, die Summe für außerplanmäßige Ausgaben weitgehend anzuheben, sondern wir sagen nein, wir lassen die da, wo sie war, und wir bekräftigen insofern unser Budgetrecht. Das bedeutet aber auch, glaube ich, dass wir in großen Ausnahmefällen – wie wir es bisher aber auch schon gemacht haben, wenn wir auf diese Mög-

lichkeit verzichten –, in der Lage sein müssen, dann auch jenseits einer regulären Gremienbefassung politisch Verantwortung zu übernehmen. Ich gehe davon aus, dass wir das auch machen können, so wie wir das in Ausnahmefällen, und es kann sich nur um Ausnahmefälle handeln, an der Stelle bisher auch gemacht haben. Ich wollte das hier nur noch mal festhalten.

Vorsitzende Franziska Becker: Vielen Dank! – Ich muss noch auf etwas hinweisen: Die SPD-Fraktion hat ein Wortprotokoll zur Generalaussprache beantragt. – Ich möchte jetzt Herrn Dr. Kollatz das Wort erteilen. – Bitte!

Senator Dr. Matthias Kollatz (SenFin): Danke schön, Frau Vorsitzende! – Herr Schneider hat vorhin darauf hingewiesen, dass die Sitzung, in der ich hier im Dezember 2014 vereidigt worden bin, jene Sitzung war, in der das Parlament das erste SIWA-Gesetz beschlossen hat. Das ist richtig, genau so war es. Ich hatte, als ich damals angefangen habe, auch schon in den Tagen, bevor ich vereidigt worden bin, gesagt, ich komme mit einem durchaus anderen Amtseintritt nach Berlin. Der hatte die Überschrift „konsolidieren und investieren“. Diese Wörter gehörten damals noch nicht zum Allgemeingut. Die heutige Debatte zeigt, dass sie mehr und mehr zum Allgemeingut geworden sind. Das reicht von der Liegenschaftspolitik, die damals schon in der Entwicklung war, über die Schulbauoffensive, über Infrastrukturinvestitionen und eben Investitionen in die wachsende Stadt, die ja nun stark mit dem Thema SIWA verknüpft sind.

Das heißt aber auch, und da empfehle ich für die Debatte, an dem Punkt ein bisschen abzurüsten: Ich nehme es auf jeden Fall nicht so wahr, dass es im Parlament das Thema mit der Überschrift „Wir wollen in die Krise sparen“ gibt, und ich nehme auch nicht wahr, dass es das irgendwo im Senat gibt. Das, was der Senat bisher macht, ist, wenn man es mit Namensbegriffen fassen will, statt dessen sehr viel mehr Keynes und definitiv überhaupt nicht Brüning. Im Gegenteil, es ist ein mutiges, entschlossenes, pragmatisches und auch angemessenes keynesianisches Programm. Es ist, glaube ich, auch vor diesem Hintergrund richtig, das zu sehen und zu verstehen. Das mag man an dem einen oder anderen Punkt konkretisieren wie auch kritisieren, aber das ist der rote Faden, die rote Linie, die das Ganze prägt, und deswegen haben wir ja auch so viel zu diskutieren.

Wenn es einen Unterschied in der Diskussion gibt, dann gibt es den vielleicht an dem Punkt, dass insbesondere die Steuerschätzungen und auch die Erfahrungen mit vergangenen Krisen zeigen, dass es gerade bei schweren Krisen häufig – oder auf jeden Fall häufiger – die Situation gibt, dass man danach auf einem niedrigeren Wachstumspfad ist. Wenn man auf einem niedrigeren Wachstumspfad ist, und ich habe die Zahlen ja vorhin dargestellt, dann ist es so, dass sich eine Antikrisenpolitik auch damit befassen muss, dass es um einen einmaligen Puffer geht und es aber nicht so sein kann, dass man sagen kann: Nachdem dieser Puffer gewirkt hat, geht es so weiter wie vorher. – Das wird nicht so sein, und ich glaube, das wird die Zukunft auch zeigen. Deswegen ist es schon wichtig, dass es – um an dem Punkt mal ein bisschen zu provozieren – in Zukunft nicht sein kann, dass in bestimmten Teilen der Berliner Verwaltung nicht ausgeschöpfte Personalmittel genutzt werden, um Guthaben zu bilden, und dass Investitionen vor sich hergetragen werden, die nicht auf Mittelabfluss orientiert werden. Das ist einer solchen Situation nicht angemessen, und da müssen sich Verhaltensweisen ändern.

Dritte Bemerkung: Haushalte dienen der Transparenz. Sie sind komplexe Werke, und wir von der Finanzverwaltung haben deswegen versucht – und das unterscheidet sich, glaube ich, durchaus von anderen Bundesländern –, das Parlament sehr wohl einzubeziehen, viel Transparenz zu schaffen und auch vorgezogene Aktivitäten vielfach zu diskutieren. Dieses Jahr wird wahrscheinlich ein dritter Nachtrag kommen. Das wird wahrscheinlich auch das Thema sein, dass, wenn zumindest Landesaktivitäten was mit Konjunkturprogrammen zu tun haben – darauf hat Herr Zillich schon hingewiesen, dass es gut sein kann, dass es die Bundesprogramme alleine nicht für Berlin lösen –, dann einiges dafür spricht, dass wir dazu einen dritten Nachtrag brauchen. Es ist sicherlich klug, das dann so einzuphasen, dass wir mit der Zwischensteuerschätzung auf diese Werte ein Stück weit aufbauen.

Bei den Soforthilfen, das ist mehrmals diskutiert worden, ist es so, dass der Bund insbesondere für Unternehmen mit bis zu zehn Vollzeitäquivalenten Mitarbeitern – also für die Klein- und Kleinstunternehmen – ein großzügiges Programm von 50 Milliarden Euro aufgelegt hat, von dem wir auch in Berlin einen erklecklichen Anteil bekommen haben und das wir, denke ich, durchaus offensiver als andere Bundesländer genutzt haben. Man muss aber sehen: Auf Bundesebene sind von den 50 Milliarden Euro noch 38 Milliarden Euro frei – sind also noch nicht ausgelegt. Der Senat zumindest hat es so ausgelegt – und das ist ja zum Beispiel auch über die Wirtschaftsministerkonferenz oder die Finanzminister angesprochen worden –, dass es sinnvoll ist, dort die Programme zu öffnen, auch unter dem Gesichtspunkt von Soforthilfen zu öffnen. Da scheint sich auf Bundesebene jetzt etwas zu bewegen, wir wissen aber noch nicht genau, wie das funktioniert. Deswegen ist in dem zweiten Nachtrag, der heute nicht diskutiert wird, gestern im Senat extra noch mal eine Aufstockung von Soforthilfen besprochen und beschlossen worden. Ich hatte in dem Gespräch, das ich mit den Fraktionsvorsitzenden und parlamentarischen Geschäftsführern der Regierungsfraktionen vor einiger Zeit geführt habe, gesagt, dass wir das versuchen werden; das haben wir auch gemacht.

Wenn es jetzt einen Beschluss gibt, und der ist ja angekündigt, dass es im ersten Nachtrag noch mal eine Verstärkung für das Thema Soforthilfe gibt, dann gibt es einen relativ großen Überlapp zwischen all diesen Aktivitäten, die ich eben dargestellt habe. – An einem Punkt will ich aber zu Herrn Goiny vielleicht doch anmerken, dass da in den nächsten Wochen noch Aktivitäten anstehen können. Sie haben von einem dichten Netz von Ausschussterminen gesprochen. Die nächste Sitzung dieses Ausschusses nach dem 27. Mai ist auf den 12. August terminiert, dann geht es tatsächlich in dichter Folge weiter mit dem 26. August, 9. September, 23. September usw. Aber: Wenn wir sofort Programme umsetzen und verstärken wollen und die Willensbildung hier und wahrscheinlich auch im Parlament am 4. Juni so ist, dass dafür Konzepte vorzulegen sind, wenn wir das sofort machen wollen, dann werden wir Sie in der Zwischenzeit wahrscheinlich belästigen. Das ist, denke ich, auch richtig. Ich werde mich im Senat auf jeden Fall dafür einsetzen, dass wir, wenn es am 4. Juni im Parlament beschlossen wird, ab dem 5. Juni versuchen, Konzepte zu liefern, um die Zielsetzung von Soforthilfen auch tatsächlich umzusetzen. Wir werden Sie nur dann nicht belästigen müssen, wenn der Bund – was die einfachste Lösung wäre – alle Programme freigibt und die Programme dann auch die entsprechenden Möglichkeiten erfüllen.

In Stichworten will ich noch zu einigen der vielen angesprochenen Punkte etwas sagen. Im zweiten Nachtrag, der heute nicht beraten wird, ist die Jafféstraße – zweiter Abschnitt – enthalten. Der Senat hält das für notwendig und möchte den Bau so schnell wie möglich umsetzen.

Zu dem Thema, was ist Corona, was ist nicht Corona, kann ich Ihnen gleich ankündigen: Im zweiten Nachtrag befinden sich zwei Fremdkörper, die nichts mit Corona zu tun haben. Die sind durch externe Effekte an uns herangetragen worden. Das eine ist das Thema Siemensbahn, das andere ist das Thema Naturkundemuseum. Darüber wird zu gegebener Zeit diskutiert werden, darauf will ich aber gleich hinweisen. Wir haben ansonsten versucht, alles, was nicht mit Corona zu tun hat, rauszuschieben; bei diesen beiden Maßnahmen ging es nicht.

Herr Goiny hat drei Berichtsthemen angesprochen. Das scheint mir okay, das können wir gerne machen. Er hat dann noch angesprochen, und das war auch ein bisschen bei Frau Meister Thema: Schwierigkeiten unter Umständen beim Thema Soforthilfe. Wir haben uns, glaube ich, auch bundesweit damit eher einen Namen gemacht. Die Programme sind in vielen Bundesländern sehr viel langsamer und da, wo sie schnell gelaufen sind, schlechter gelaufen als in Berlin. Wir haben, und das ist mir schon wichtig, nicht gesagt, dass wir da nichts kontrollieren. Wir haben nur gesagt, dass wir im Interesse des schnellen Programmgeschehens und damit auch der Rettung von Existenzien ein Stück weit auf nachgelagerte Kontrollen setzen. Da ist vielleicht auch für Sie von Informationsinteresse, dass wir mit Stand gestern immerhin bereits 75 Millionen Euro Rückflüsse erreicht haben. Wenn man sagt, da gibt es vielleicht eine Mitnahmeeffektquote in einer Größenordnung von 5 bis 10 Prozent, dann bin ich optimistisch, dass wir das reinholen; wir werden auch weiterhin an diesem Thema arbeiten.

Herr Goiny hat angesprochen, Soforthilfen müssen wiederholbar sein. Grundsätzlich ja; das war in den Berliner Programmen immer angelegt. Wir versuchen gerade noch, davon auch den Bund zu überzeugen.

Frau Brinker hat die Frage angesprochen: Was ergibt die Kalkulation, was ist konjunkturell, was geht über das Konjunkturelle hinaus? – Wenn man das auf den Berliner Haushalt, nach der Konjunkturprognose des Bundes, berechnet, dann sind konjunkturell 2,1 Milliarden Euro Darlehen. Das wären, wenn man von einem Gesamtdarlehensvolumen von 5 Milliarden ausgeht, wie wir das im zweiten Nachtrag berechnet haben, 2,9 Milliarden Euro Notfall.

Zu dem, was Daniel Wesener angesprochen hat, zu „Sparen in guten Zeiten“: Eins muss uns, glaube ich, allen klar sein: Das Tilgen von Altschulden wird jetzt über einen längeren Zeitraum nicht möglich sein. Das ist durchaus etwas, was unsere Nachfolger auf der politischen Ebene zu bearbeiten haben werden. Das ist durch den Kriseneinschnitt so vorgegeben, und damit müssen wir umgehen. Das spricht noch einmal dafür, dass das richtig war, was wir in den letzten Jahren gemacht haben, auch entschlossen gemacht haben, und wofür ich als Finanzsenator auch immer gestanden habe.

Ein Hinweis an Herrn Ubbelohde: Es scheint sich aus meiner Sicht um ein Vorurteil zu handeln. Ich habe es vorhin in der generellen Linie konsolidieren und investieren genannt: Die Investitionen in die beiden großen öffentlichen Krankenhäuser sind seit einiger Zeit höher als die Abschreibungen. Auch wenn das bei Ihnen noch nicht angekommen ist, es ist so.

Ich bin damit, glaube ich, auf die wichtigsten Themen aus der Generaldebatte eingegangen. Es gibt sicherlich noch Gelegenheit, Einzelfragen in den Einzeldebatten zu klären. Ich glaube, dass das Ringen um den richtigen Weg in der Krise und darum, dass die Krise nicht beliebig tief wird und es danach auch einen Aufschwung gibt, der trägt, sicherlich der wichtigste Punkt

ist. Da, glaube ich auch, ist es wichtig, dass Senat, Hauptausschuss und Parlament im Wesentlichen an einem Strang ziehen. Ich halte das für möglich und auch für gut für Berlin.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Schneider, bitte!

Torsten Schneider (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Es ist eher technisch, aber ich habe erfreut festgestellt, dass der Senat sich jetzt dazu bekennt, dass man früher Kredite aufnimmt, weil er erkannt hat, dass Soforthilfeprogramme vor Oktober laufen müssen. Ich will aber gleichzeitig darauf hinweisen, so wie die FDP es in ihrem Änderungsantrag verschriftlicht hat, so wie es Kollege Zillich unter Nicken alle anderen haushalts- und finanzpolitischen Sprecher noch mal herausgestellt hat: Dieser Ausschuss ist zu jeder Zeit bereit und gewillt, erforderliche Entscheidungen zu treffen und zu sanktionieren. Das haben wir in der Vergangenheit, angefangen bei 2015, und jetzt auch in dieser Krisensituation in 20 Minuten geklärt. Die Telefonate haben insgesamt brutto 20 Minuten gedauert, und hier in der ersten Reihe sitzen die, die mit mir diese Telefonate geführt haben. Selbstverständlich kommt der Ausschuss auch jederzeit zusammen, wenn der Senat es für erforderlich hält. Gleichwohl haben wir als Parlament die Erwartungshaltung, dass wir, wenn die Exekutive einen Jahreszyklus mit vier Haushaltsplänen beplant – Kernhaushalt und drei Nachträge –, dann auch eine Veranschlagungsdichte und Veranschlagungsreife vorfinden. Ich glaube, das kann man erwarten, wenn man mal bedenkt, dass wir sonst mit einem Haushalt zwei Jahre beplanen – das ist also Faktor 8.

Ich weise abschließend darauf hin, dass wir zu den 500 Millionen Euro, die wir für Soforthilfen zur Verfügung stellen wollen als Antrag der SPD – wozu ich, Frau Vorsitzende, ausdrücklich um Einzelabstimmung bitte, weil wir hier verschiedene politische Dinge konfigurieren und ich möchte, dass sich alle zu den einzelnen Aspekten politisch durch ihr Votum verhalten können –, eine einfache Sperre der Senatsfinanzverwaltung angebracht haben, keine qualifizierte Sperre nach § 23, die den Hauptausschuss zwingend veranlassen würde, zu entsperren, und dass wir das alleine davon abhängig gemacht haben, dass die Fachverwaltungskonzepte zur Umsetzung dieser Soforthilfemaßnahmen im Wege der Unterrichtung vorliegen, was nach unserer Sprache rote Nummer bedeutet. Diese Aspekte machen mich zuversichtlich, dass der Senat auch sofort handeln kann und nicht bis Oktober warten muss, wie sich das aus dem Nachtragsentwurf des Senats, der jetzt ja schon oft zitiert wurde, der aber gar nicht Beratungsgegenstand ist, ableiten lässt.

Vorsitzende Franziska Becker: Die Form der Abstimmung werde ich nachher noch mal abfragen. – Herr Goiny, bitte!

Christian Goiny (CDU): Ich kann es kurz machen, weil ich alles unterschreiben kann, was Kollege Schneider eben gesagt hat: Wir fühlen uns durch Informationen des Senats nicht belästigt, ganz im Gegenteil. Wir sind stets hocherfreut, auch in der Sommerpause, und selbstverständlich sind wir jederzeit in der Lage, unsere Meinungen und Voten abzugeben bis hin zu Sondersitzungen.

Ich hatte das schon informell angekündigt und mit Blick auf die Zeit schlage ich jetzt vor, dass wir uns darauf verständigen, dass wir einen Großteil unserer Nachfragen und weiteren Berichtsbitten, die wir im Rahmen der Diskussionen zum ersten Nachtragshaushalt haben – da sind ja eine Reihe von Berichten gekommen –, schriftlich einreichen können. Ich würde

darum bitten, Frau Vorsitzende, dass wir dafür eine etwas längere Frist bekommen und sie vielleicht bis kommenden Dienstag einreichen können. Dann kann das bis spätestens 12. August auch beantwortet werden.

Wenn es zu den Programmen, die auf Initiative der Koalitionsfraktionen gestartet werden sollen, um eine weitere Soforthilfe zu ermöglichen, Konzepte und entsprechende Umsetzungen gibt, finde ich es natürlich geradezu wünschenswert, wenn der Senat uns auch vorfristig während der Sommerpause durch rote Nummern unterrichtet. Die Frist 12. August bedeutet ja nur, dass das der reguläre nächste Termin ist, wo wir hier dazu diskutieren können. Das heißt ja nicht, dass wir nicht vorher in der Lage sind, sie zu lesen und zu bewerten. Insofern kann das gerne auch vorher der Fall sein, und wir finden es auch gut, wenn es an der Stelle eine zügige weitere Parlamentsbeteiligung gibt. – Den Rest hat Kollege Schneider völlig richtig ausgeführt.

Vorsitzende Franziska Becker: Es ist möglich, dass Sie Ihre Fragen bis Dienstag nach Pfingsten einreichen können. Das wäre dann der 2. Juni – bis mittags, bitte schön! – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, dann ist die Aussprache beendet und der Bericht unter e) zur Kenntnis genommen. – Wir machen jetzt eine gut zehnminütige Pause.

[Unterbrechung der Sitzung von 15.25 Uhr bis 15.50 Uhr.]

Vorsitzende Franziska Becker: Ich rufe auf:

Umwelt, Verkehr und Klimaschutz – 07

Punkt 31 A der Tagesordnung

Bericht SenUVK – VI B – vom 19.05.2020

Busspurvorhaben auf dem Hindenburgdamm

(Berichtsauftrag aus der 74. Sitzung vom 06.05.2020)

(von der Konsensliste IV. genommen)

[2564 N](#)

Haupt

Ich begrüße noch einmal Herrn Staatssekretär Streese. – Herr Goiny, Sie haben das Wort!

Christian Goiny (CDU): Vielen Dank! Ich kann es etwas abkürzen, weil wir vorhin am Rande der Sitzung ein nettes, sachliches Gespräch zu dem Themenkomplex hatten. Uns geht es in der Tat darum: Auf der einen Seite macht es natürlich Sinn, den öffentlichen Nahverkehr zu beschleunigen und zu verbessern. Da sind natürlich Busspuren durchaus auch ein Mittel, das eine Rolle spielen kann. Auf der anderen Seite ist es eben tatsächlich so, dass es eines der durchaus wichtigen, regionalen Einzelhandelssubzentren in dem Bereich Lichterfelde ist, mit insgesamt rund 100 Geschäftsleuten, die davon betroffen sind. Auch die temporäre Anlage einer Busspur in dem Abschnitt führt dazu, dass dort Kurzzeitparkplätze wegfallen, die insbesondere natürlich morgens von vielen, die auf dieser doch stark befahrenen Straße entlangfahren, genutzt werden, um dort bei den Geschäften einzukaufen. Deswegen ist jetzt die Bitte, die ich mit einer Berichtsbitte verbinden möchte, an die Senatsverkehrsverwaltung, hier noch einmal abzuwägen. Wir haben vorhin unter dem Stichwort Nachtragshaushalt Corona diskutiert, wie schwierig die Situation des Einzelhandels sich momentan darstellt. Gerade kleine, inhabergeführte Geschäfte und Nahversorger sind jetzt in einer Situation, dass man Ihnen vielleicht das Leben nicht noch zusätzlich schwerer machen sollte.

Vielleicht kann man, weil sich das aus der Vorlage nicht ganz erschließt, die tatsächlichen Zeiten, die die Busspur bringen würde, von der BVG aufliefern lassen. Wie und wo gemessen wurde, der Abschnitt, in dem gemessen wurde, das ist auch nicht ganz klar, weil wir insgesamt von einem Hauptverkehrsstraßennetz sprechen, das im Berufsverkehr einer gewissen Belastung unterliegt. Dann bitte ich auch noch darum, dass man vielleicht das Thema Ampelschaltungen, Busbeschleunigung durch Ampelvorrangschaltung an den infrage kommenden Kreuzungen auch mit berücksichtigt.

Am Ende, das wäre der relevantere Auftrag, geht es darum, auch unter Berücksichtigung des sehr großen Bauvorhabens in Lichterfelde-Süd sich einmal die Straßenverkehrssituation in diesem ganzen Bereich anzusehen, weil – wie Sie am Ende Ihrer Vorlage schreiben – damit gerechnet wird, dass perspektivisch der Verkehr da unten abnimmt. Das kann ich, ehrlich gesagt, nicht nachvollziehen. Selbst wenn wir davon ausgehen, dass es viele Leute gibt, die, wenn sie dort hinziehen, vielleicht gar kein Auto mehr haben, mehr Fahrrad fahren usw. usf., aber dass es bei 2 600 neuen Wohnungen keinen zusätzlichen Verkehr dort unten geben wird, ist relativ unwahrscheinlich, zumal das Land Brandenburg in Teltow und den benachbarten Gemeinden weiterhin auf Wohnungsbau setzt und viele Pendler den Weg nach Berlin suchen werden. Der Straßenzug Goerzallee, Hindenburgdamm und Ostpreußendamm sind die einzi-

gen Umlandverbindungen, die es zwischen dem Bezirk Steglitz-Zehlendorf und dem Brandenburger Umland an der Stelle gibt. Deswegen bedarf es eines großflächigeren Verkehrs- und Busleitungskonzeptes. – [Zuruf] – Ja, aber von da unten kommst du nur über die Goerzallee und den Ostpreußendamm rein. Das merkt man ja auch, da fahren viele rein. Die Buslinien, die hier betroffen sind, die fahren alle in diesem Gebiet. Die sind nicht nur da unten in diesem Teilstück von gestiegenem Verkehrsaufkommen betroffen.

Also insgesamt nehmen wir das Thema Busbeschleunigung durchaus ernst, glauben aber, dass in der Abwägung dessen, was hier geplant ist, mit der Schädigung des Einzelhandels keine geeignete Lösung ist und bitten darum, dass man uns zum August die Punkte, die ich hier angesprochen habe, in einem Folgebericht darlegt und mit dem Bezirk, der – wie Sie mir vorhin sagten – in die Diskussion mit einbezogen wird, die Dinge abwägt und guckt, ob man am Ende nicht zu einer effektiveren Maßnahme kommt und den Einzelhandel am Hindenburgdamm nicht unnötig stärker beeinträchtigt. – Vielen Dank!

Vorsitzende Franziska Becker: Der Berichtswunsch ist aufgenommen. – Möchten Sie noch etwas dazu sagen, Herr Staatssekretär? – Bitte!

Staatssekretär Ingmar Streese (SenUVK): In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit werde ich mich kurz fassen. – Vielen Dank, Herr Abgeordneter! Frau Vorsitzende! Um ein paar Bedenken gleich zu zerstreuen oder einzuordnen: Erst einmal danke, dass auch von Ihnen die Bedeutung von Bussonderstreifen anerkannt wird. Wir gehen fest davon aus, dass an der Stelle, am Hindenburgdamm der Busstreifen sehr geeignet wäre, auch nach den Zahlen, die uns die BVG geliefert hat. Das würden wir dann im Bericht natürlich noch einmal darstellen. Wir haben vom Zeitlichen her Anfang des Monats eine BVV-Befassung im Verkehrsausschuss. Wir werden einladen zur Anhörung. Dort wird der Bezirk die verschiedenen Bedenken, die ihm aus Wirtschaftskreisen vorgetragen wurden, uns mitteilen. In der Folge werden wir das bewerten, einordnen, abwägen und dann den Beschluss treffen.

Was jetzt schon klar ist, ist, dass wir die Geltungszeiten, aber auch die Geltungsorte der bestehenden Liefer- und Ladezonen beibehalten wollen, dass wir auch die Kurzzeitparkzeiten weitestgehend so lassen, zwischen Hadynstraße und Flotowstraße, von montags 9.00 Uhr bis 18.00 Uhr bis freitags 9.00 bis 18.00 Uhr geht es auf 10.00 bis 18.00 Uhr und am Wochenende, 9.00 bis 14.00 Uhr soll auch gleich bleiben. Ansonsten, was Sie eben sagten mit der Verkehrsprognose, da gehen wir davon aus, dass die Aussagen, die wir bisher haben, sich durchaus bestätigen werden. Natürlich weiß man nie, man hat die Kristallkugel nicht vor sich. Wir arbeiten nicht nur bei uns, sondern gemeinsam mit Brandenburg daran, dass Pendlerverkehre verstärkt auf Züge, auf Bahnen, auf S-Bahnen gehen, Fahrradverkehre werden ausgedehnt. Sie sagten richtig, viele neue Quartiere werden autoarm gestaltet. Insofern muss man nicht immer unbedingt mit einer neuen, starken Zunahme des Autoverkehrs rechnen, wenn man Gebiete erschließt. Auch diese Busspur wird natürlich dem ÖPNV helfen. – So viel in aller Kürze.

Vorsitzende Franziska Becker: Herr Goiny!

Christian Goiny (CDU): Ich habe ganz vergessen, zu dem Punkt ein Wortprotokoll zu beantragen. Ich bitte um Nachsicht.

Vorsitzende Franziska Becker: Okay. Das Wortprotokoll ist eingearbeitet. – Gut, dann ist der Bericht zur Kenntnis genommen. – Ich bedanke mich und wünsche einen schönen Abend!